



Foto: Eijens/stock.adobe.com

Deutliches Minus

Einnahmen aus Privatliquidationen brechen ein

Die Covid-19-Pandemie hat deutschen Zahnarztpraxen erhebliche Einnahmeausfälle auf dem Privatsektor beschert. Das beklagt die Bundeszahnärztekammer und appelliert zugleich an die Politik, die Umsatzsituation des Berufsstandes im Blick zu behalten. Konkret geht es um die Frage, wie die Praxen bei starkem Leistungsrückgang wirtschaftlich gestützt werden können.

Im Vergleich zum Vorjahresniveau sanken die privaten Liquidationen, die rund die Hälfte aller Praxiseinnahmen ausmachen, allein in den Monaten April und Mai um mehr als 50 Prozent, so die Bundeszahnärztekammer. Sie befürchtet nun, dass es durch die Leistungszurückhaltung von Privatversicherten wegen der zunehmenden Infektionszahlen im Herbst und Winter einen erneuten Einbruch geben könnte. Denn das Prämiensystem der privaten Voll- und Zusatzversicherungen honoriert sogar die Nichtinanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen während eines Kalenderjahres und bietet den Patienten damit Anreize, Behandlungen auf das nächste Jahr zu verschieben.

„Beides ist der Gesundheit der Patienten nicht dienlich und würde die Praxen erheblich belasten. Nachholeffekte sind unter diesen Bedingungen keinesfalls möglich“, warnt die Bundeszahnorganisation. Sie ruft die Politik daher auf, die Umsatzsituation der Zahnarztpraxen in den nächsten Monaten genau zu beobachten. Außerdem müssten Überlegungen angestellt werden, wie die wirtschaftliche Situation der Zahnarztpraxen bei starkem Leistungsrückgang gestützt werden kann. Angesichts des hohen Anteils an privaten Liquidationen seien Maßnahmen zur Sicherstellung der GKV-Finanzierung allein nicht ausreichend.

Hohe Investitionskosten

„Zahnarztpraxen spüren Umsatzminderungen besonders, da die Zahnmedizin sehr ausstattungs- und personalintensiv ist“, verdeutlicht die Bundeszahnärztekammer in ihrer Analyse. So fallen bei der Neugründung einer Einzelpraxis durchschnittlich 493.000 Euro an Investitionskosten an. Diese Summe haben das Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) und die Deutsche Apotheker- und Ärztekbank

(apoBank) in ihrem neu erschienenen „InvestMonitor Zahnarztpraxis“ ermittelt. Hinzu kommen hohe monatliche Kosten. Nach Angaben des IDZ beschäftigt ein niedergelassener Zahnarzt im Durchschnitt mehr als sechs Mitarbeiter. Detaillierte Zahlen zu den Honorareinbußen durch die Corona-Krise will die Bundesorganisation in ihrem Statistischen Jahrbuch 2019/2020 veröffentlichen.

Kampagnen auf allen Kanälen

Als Reaktion auf die sinkenden Patientenzahlen während der Coronavirus-Pandemie startete die Bundeszahnärztekammer im Herbst eine Kommunikationsoffensive in den sozialen Medien und auf der Website www.gesund-ab-mund.de. Auch die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns und die Bayerische Landes Zahnärztekammer wollen ihre breit angelegte Informationskampagne unter dem Motto „Karies kennt kein Corona – Jetzt zum Zahnarzt gehen“ bis zum Ende dieses Jahres fortsetzen, um den wirtschaftlichen Schaden in Grenzen zu halten.

Thomas A. Seehuber